

# „Besondere Verdienste um die neuen Medien“

Wie christdemokratische Politiker das Kabel- und Satellitenfernsehen voranbringen

Für die einen – die (meist) christdemokratischen Politiker – sind die neuen Medien über Kabel und Satellit die Erfüllung eines Traums, mit privatwirtschaftlichen Mitteln privates Fernsehen möglich zu machen. Für andere – das mittelständische Elektronik-Gewerbe etwa – ist es Lohn und Brot. Für einige wenige ist es die Chance, Einfluß auf Programme und Programmgestaltung in Rundfunk und Fernsehen zu nehmen – Mittel auch, um die bestehende ARD/ZDF-Kultur aufzuweichen.

Christian Schwarz-Schilling, jetzt 53, wollte, bevor er am 4. Oktober 1982 zum Postminister ernannt wurde, alles gleichzeitig. Er war Medienspezialist der CDU und leitete die Enquete-Kommission „Neue Informations- und Kommunikationstechniken“ des Bundestages. Er war über seine Frau Marie-Luise, der die mittelständische Batteriefabrik „Sonnenschein“ im hessischen Büdingen gehört, beteiligt an der – vorwiegend mittelständischen – Projektgesellschaft für Kabel-Kommunikation (PKK), die in der Kabeltechnologie das große Geschäft sah.

Und Schwarz-Schilling forcierte, zusammen mit seinem Parteifreund Bernhard Vogel, das Kabelpilotprojekt Ludwigshafen. Der rheinland-pfälzische Ministerpräsident schuf dafür 1980 mit seiner Unterschrift unter ein Landesgesetz und 1983 mit einer Landesverordnung „über einen Versuch mit Breitbandkabel“ die rechtlichen Voraussetzungen.

Im Eifer gingen dem vielbeschäftigten christdemokratischen Politiker Schwarz-Schilling ein paar Dinge durcheinander: Auf seine Empfehlung lud das Parlament einige Experten in den Medien-Ausschuß, die den Abgeordneten Zukunftsperspektiven der projektierten Kabel-Kommunikation erläutern sollten. Der Zufall wollte es wohl, daß die Gutachter Heinz-Jürgen Bien und Volker Remme mit Schwarz-Schilling geschäftlich eng verbunden waren – auch sie waren Anteilseigner der PKK.

Die Verfilzung hinderte Schwarz-Schilling nicht daran, auch als Minister nach Aufgabe seiner PKK-Anteile mit dem Unternehmen verbunden zu bleiben. PKK-Experten gingen im Postministerium ein und aus; in einer seiner ersten Amtshandlungen entschied Postminister Schwarz-Schilling, die Kernstadt von Neustadt an der Weinstraße zu verkabeln und die Kupferleitungen mit dem Kabelpilotprojekt Ludwigshafen zu verbinden. Die PKK bewarb sich um den Auftrag, konnte ihn aber nicht erhalten, nachdem Schwarz-Schillings geschäftliche Kabelaktivitäten aus seiner Ab-



CDU-Politiker Schwarz-Schilling, Vogel\* Privates Fernsehen aus der Staatskanzlei?

geordnetzeit bekanntgeworden waren.

Die Hoffnungen derer, die im privaten Fernsehen unverdrossen ein Geschäft sehen, ruhen derzeit auf der Ludwigshafener Anstalt für Kabel-Kommunikation (AKK). Sie versorgt die inzwischen 5000 angeschlossenen Kunden – laut Landesgesetz sollen es 30 000 Teilnehmer sein – mit zehn Fernseh- und vier Kundfunkprogrammen zusätzlich, finanziert durch (spärliche) Werbeeinnahmen und mit einem 100-Millionen-Mark-Darlehen der rheinland-pfälzischen Landesbank. In deren Verwaltungsrat sitzen aus dem Mainzer Vogel-Kabinett der rheinland-pfälzische Finanzminister Carl-Ludwig Wagner und Innenminister Kurt Böckmann.

Geschäftsführer der AKK ist Claus Detjen, der vorher die Geschäfte des deutschen Zeitungsverlegerverbandes führte. Die AKK sprach am 28. März 1984 auf Betreiben des Mainzers Vogel einer Arbeitsgemeinschaft vor allem von deutschen Zeitungsverlegern und der Frankfurter Programmgesellschaft für Kabel- und Satellitenrundfunk (PKS) die Senderechte am Europäischen TV-Satelliten ECS 1 zu.

Der vielseitige Geschäftsführer Claus Detjen wurde am 29. April 1982 mit

\* Mit einem Modell des ECS-Satelliten in der Ludwigshafener AKK-Sendezentrale.

Wirkung zum 1. Januar 1983, nachzulesen in Ziffer 21788 des Handelsregisters Frankfurt, zum Geschäftsführer auch der privaten PKS berufen. Die gehört (jetzt über eine Tochter) dem Deutschen Genossenschafts- und Raiffeisenverband und hat, gemeinsam mit der AKK, die Ludwigshafener Sendezentrale neben dem alten Schlachthof gemietet.

Die PKS betreibt zusammen mit der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ („FAZ“) ein Vollprogramm im AKK-Pilotprojekt. Dem SPIEGEL versicherte Detjen, er habe sein Amt bei der PKS nie angetreten, eine Interessenskollision liege nicht vor.

In einem Brief nach der Sitzung der Aufsichts- und Entscheidungsgremien der AKK am 28. März nannte Geschäftsführer Detjen die PKS/„FAZ“-Fernsehmacher einen „wichtigen Programmveranstalter, der ... wesentlich zum bisherigen Erfolg des Kabelpilotprojekts beigetragen hat“. Die Nachrichten kommen von der „FAZ“, Kinder- und Jugendsendungen vom Ravensburger Otto Maier-Verlag; der größere Rest sind Spielfilme, Shows, Serien, die von der PKS geliefert werden.

Ein Geschäftsführer bei der privaten PKS, der sein Amt antrat, ist Jürgen Doetz, der im Handelsregister als „Kaufmann“ vorgestellt wird. Mit diesem Beruf war er vorher nicht aufgefallen – da war er stellvertretender Sprecher der rheinland-pfälzischen Landesregierung.

In der Akte der Firma findet sich auch die Adresse des privaten Media-Planers: Mainz, Peter-Altmeier-Allee 1. Das ist der Sitz der rheinland-pfälzischen Staatskanzlei.

Wie gut die Beziehungen zwischen AKK, PKS und Landesregierung funktionieren, zeigt ein Beschluß der AKK vom 28. März: „Die AKK bittet den Ministerpräsidenten von Rheinland-Pfalz, Dr. Bernhard Vogel, bei den Beratungen der Länderchefs darauf hinzuwirken, daß auch die Nutzung zukünftiger Satellitenkapazitäten über die AKK erfolgen soll.“ Ob Vogel die Bitte erhört?

Weder der Ministerpräsident noch seine Staatskanzlei reagierten bisher auf eine Beschwerde des PR-Kaufmanns Werner Reuter aus Speyer, der sich über die AKK gerne an den Programmen des Satelliten ECS 1 beteiligen hätte.

Am 2. März forderte die AKK alle „Programmveranstalter und Programminteressenten“ auf, Anträge für Sendezeiten auf diesem Kanal bis zum 19. März vorzulegen. Sie sollten sich über Sendezeit, Inhalt und Struktur ihrer Programme erklären und ihre Finanzlage erläutern.

76 Programmgestalter gaben ihre Anträge ab, von denen sich laut AKK etliche „zeitlich und inhaltlich“ überlagerten. Daher forderte die AKK am 26. März die Interessenten auf, ihre Angebote abzustimmen – doch da war es längst zu spät: Am 28. März wurde der ECS-Kanal der Arbeitsgemeinschaft aus Zeitungsverlegern und PKS zugeweiht. Seit 1. April schon transportiert der Satellit das PKS/„FAZ“-Programm in das 350 Kilometer entfernte München, ins dortige Kabelverbundnetz.

In einem Protestbrief an Bernhard Vogel und in einer Klage vor dem Verwaltungsgericht Neustadt äußert Reuter den Verdacht, bei den AKK-Entscheidungen sei es nicht mit rechten Dingen zugegangen; „aus irgendwelchen Gründen“ sei das Konsortium vor einzelnen Bewerbern bevorzugt worden.

Und Reuter, der über Satellit selbst gerne mit einer regelmäßigen Touristik-Sendung zum Zug gekommen wäre, erinnert Vogel daran, daß der Regierungschef „Vorschußlorbeeren für besondere Verdienste um die Einführung der neuen Medien“ bereits angenommen habe – den „Bambi“-Preis, gestiftet vom Burda-Verlag. Der wollte immer schon Privat-TV machen und gehört zum ECS-Konsortium, das nun in Ludwigshafen und München senden darf.



**AKK-Geschäftsführer Detjen**  
„Keine Interessenkollision“

ten, Richtfunkstrecken und aller Arbeiten auf Privatgrundstücken – und die betragen nach übereinstimmenden Expertenurteilen, etwa bei der Fernmeldeindustrie, mindestens 50 Milliarden Mark.

Die „Süddeutsche Zeitung“ führt Schwarz-Schillings Rabulistik auf „sein zweifellos gestörtes Verhältnis zur Wahrheit“ zurück: Das Maß an „Tatsachenverdrehung, an Verschleierung von entscheidenden Daten und an persönlicher Arroganz“, mit dem er das Rechnungshofgutachten abgetan habe, sei „kaum noch zu überbieten“. Die SPD sieht in dem „medienpolitischen Hobbyreiter“, so Rudi Walther, Vorsitzender des Haushaltsausschusses im Bundestag, „eine Gefahr für die Bundespost“.

Das ist nicht aus der Luft gegriffen. Zwar sind die Postkassen noch satt gefüllt. Für 1984 errechneten Schwarz-Schillings Buchhalter 1,5 Milliarden Mark Gewinn. Die Erfolgskurve zeigt jedoch steil abwärts: 1986 ist ein Minus von 1,4 Milliarden Mark zu erwarten. Die Postler sind die größten Schuldener der Nation: Im laufenden Jahr investieren sie rund 15 Milliarden Mark. Das Geld müssen sie sich zum Teil durch Kredite besorgen, allein in diesem Jahr drei Milliarden Mark. Der gewaltige Schuldenberg wächst schier unaufhaltsam weiter: Derzeit sind es weit über 40 Milliarden Mark.

Dies sei nicht mehr nur Sache des Postverwaltungsrates, der rechtlich für die Genehmigung des Posthaushalts zuständig ist, warnt der FDP-Abgeordnete Burkhard Hirsch: „Jetzt ist auch der Bund gefordert, als Garant für die Bundespost.“ Er frage sich, so der ehemalige nordrhein-westfälische Innenminister, „ob die Verschuldung der Post überhaupt noch über die Banken finanzierbar ist“.

Ein Warnsignal kommt aus Mainz. Die Landesbank Rheinland-Pfalz, zur Vorfinanzierung des Ludwigshafener Kabel-Pilotprojekts verpflichtet, muß dafür 70 bis 100 Millionen Mark aufbringen. Doch die Zuschauer-Entwicklung ist katastrophal (rund 5000 statt der gesetzlich vorgesehenen mindestens 30 000 Anschlüsse), die Einnahmen bleiben minimal, und die Landesbank muß ihre Vorleistung wegen anderweitiger Fehlinvestitionen womöglich schuldig bleiben. Dies könnte das vorzeitige Ende des ersten Kabelfernsehunternehmens in der Bundesrepublik bedeuten.

Die Großbanken haben Schwarz-Schilling bereits gewarnt, sein Staatsbetrieb habe nur noch begrenzten Spielraum für Bankkredite. Im Postverwaltungsrat mahnte Ende letzten Jahres Friedrich Wilhelm Christians, Vorstandssprecher der Deutschen Bank, der Bogen sei bald überspannt. Christians: „Die Finanzstruktur der Bundespost verschlechtert sich weiter.“ Die gigantische Schuldenlast sei eine „schwere Hypothek“; es bleibe im ungewissen, wo die



**Kabel-Kritiker Friedmann**  
„Pläne stark zurückschneiden“

Post neue Einnahmequellen erschließen wolle.

Der klassische Fernsprech-Service etwa, aus dessen Überschüssen die Post ihre Löcher im Brief- und Paketdienst stopfen konnte, läßt sich kaum noch ausbauen.

Dabei steht die Post vor wichtigen Großinvestitionen, die für die Wirtschaft dringlicher sind als die Medienkabel, etwa die Digitalisierung des Fernsprechnetzes, mit deren Erprobung 1985 begonnen wird.

Das ISDN-System (Integrated Services Digital Network) wird für alle Fernmelde- und Datendienste nutzbar sein. Für Telephone, Computer, Bildschirmtext, Fernkopierer und Telex ist dann nur noch ein einziger Anschluß erforderlich. Da die Postmilliarden jedoch wegen der Rundumverkabelung blockiert sind, verzögert sich der Ausbau des ISDN-Systems.

Zwar prüft der Postminister, ob die ausschließlich für die Radio- und Fernsehübermittlung vorgesehene Kupferverkabelung sich mit dem davon unabhängigen ISDN kombinieren läßt. Er könnte dann nämlich die Kosten für das rentable ISDN-Netz mit den Kosten der unrentablen TV-Verkabelung vermischen, um das Finanzierungsdebakel seiner Kabelfernsehpläne zu vertuschen.

Jeder Versuch aber, so bestätigen auch bislang loyale Spitzenbeamte im Postministerium, den Verteilnetzen eine zusätzliche Funktion aufzupropfen, führe nicht nur zu einer „technischen und ökonomischen Krampflosung“, sondern verzögere auch den notwendigen Ausbau des Fernmeldenetzes. Sachkundige Kritik aber ist das letzte, was Schwarz-Schilling hören will. Er verordnet seinen höheren Beamten Seminare zur „Einhaltung des Loyalitätsprinzips“.

Auch für traditionelle Postbereiche bleibt, wegen der Kosten für die Medien-